

Themen, die uns auch bewegen

01) Der Weltverfolgungsindex 2021 – Wo Christen am stärksten verfolgt werden



02) Kampf um die Weltherrschaft Von András Kosztur

22. 04. 2021



Statt des „Endes der Geschichte“ treten wir in eine Periode intensiverer geopolitischer Kämpfe und eines neuen Kalten Krieges ein.

Die historische Dynamik der Globalisierung

Von einer wirklich globalen Weltordnung, oder, nach Carl Schmitt, von einem *Nomos* der Erde, können wir erst ab dem 16. Jahrhundert sprechen, aber wir können auch kleinräumige „Globalisierungs“-Prozesse und eine Art vorglobale Weltordnung in der ferneren Vergangenheit entdecken. So hatte sich im Nahen Osten bereits im 2. Jahrtausend v. Chr. ein einigermaßen globalisiertes Milieu entwickelt, in dem Babylonisch (sozusagen das damalige Englisch), die *lingua franca* war und in dem die rechtsideologische Grundlage der internationalen Beziehungen die „Übersetzbarkeit der Götter“ (Jan Assmann) bildete. Mit dem Niedergang der babylonischen und parallel dazu der ägyptischen Zivilisation lösten sich die Reiche, die große Teile der Region vereinigt hatten (Assyrer, Chaldäer, Perser, Makedonier, Römer), in diesem Gebiet gegenseitig ab. Das Babylonische wurde schließlich durch das Griechische und Jahrhunderte später durch das Arabische verdrängt, aber die Region blieb während der griechisch-römischen Zivilisation der Antike und der Konfrontation zwischen Islam und Christentum weitgehend geeint und blieb ein Punkt des Zusammenstoßes und der Begegnung zwischen verschiedenen Zivilisationen.

Ein weiteres Merkmal der vorglobalen Weltordnung ist die dominante Rolle der eurasischen Region – das *Kernland* Halford Mackinders. Die endlosen Ebenen im Herzen der Alten Welt waren sowohl ein trennendes als auch ein verbindendes Medium (die Seidenstraße) für eine Abfolge von sesshaften Zivilisationen, die an ihrer Peripherie aufstiegen und fielen, und die

Wellen von Nomaden aus den Tiefen der Region waren eine treibende Kraft der historischen Ereignisse. Diese vorglobale Weltordnung, zu der nur die Zivilisationen der Alten Welt gehörten, war eine landbasierte, in der sich die Schifffahrt weitgehend auf Flüsse und Binnenmeere beschränkte und Teile davon, abgesehen von der oben erwähnten „Nabe“ des Nahen Ostens, sozusagen getrennte Welten waren.

Die Entdeckungsreisen westlicher Seefahrer an der Wende vom 15. zum 16. Jahrhundert brachten einen radikalen Wandel mit sich, der nicht nur Amerika in die Machtkämpfe in Eurasien und Afrika einbezog und damit eine euro-atlantische statt eurasische Ordnung schuf, sondern auch die „Umrundung des Globus“, wobei Francis Drakes Reise die Möglichkeit globaler Kriegsführung aufzeigte. Zur gleichen Zeit übernahm der Moskauer Staat die Kontrolle über das *Kernland* und beendete damit eine historische Serie von Nomadenwellen.

In dieser Zeit begann, nach einem anderen Schmitt'schen Begriff, das *jus publicum Europaeum*, die europazentrierte Weltordnung, in der die ganze Welt von wenigen europäischen Führungsmächten abhängig wurde. Höhepunkt war die Kongo-Konferenz in Berlin 1884, auf der westliche Führer, getrieben von einem Gefühl der zivilisatorischen Mission und natürlich interessiert an billigen Rohstoffen und Arbeitskräften, praktisch den gesamten afrikanischen Kontinent unter sich aufteilten. Im 19. Jahrhundert kontrollierte Großbritannien als führende Seemacht der Welt fast alle wichtigen Schifffahrtsknotenpunkte (Gibraltar, Malta, Suez, Singapur, Hongkong, Kapstadt, Ceylon usw.) und wurde zu einem globalen Imperium, das sich über den gesamten Planeten erstreckte. Zwischen 1890 und 1918 lässt sich bereits der Niedergang dieser europazentrierten Ordnung erkennen, als die Vereinigten Staaten auf der Grundlage des Monroe-Prinzips die Europäer zunehmend aus dem amerikanischen Teil der Welt verdrängten und Japan die russische Position im Fernen Osten angriff. Weit davon entfernt, den Prozess der Globalisierung aufzuhalten, führte der Niedergang des *jus publicum Europaeum* zu einem Weltkrieg, an dem fast alle Länder der Erde beteiligt waren.

Welthegemonie statt Weltteilung

Das klischeehafte Ziel des Ersten Weltkriegs war es, die Welt neu aufzuteilen, aber letztlich führte er zum Aufstieg zweier Mächte, die bereits nach der Hegemonie über die Welt strebten. Eine davon waren die Vereinigten Staaten, die nach Wilsons Prinzipien versuchten, die Welt nach ihrem eigenen Bild zu formen. Doch am Ende distanzierte sie sich dank einer innenpolitischen Kehrtwende sogar von dem von ihr initiierten Völkerbund und verfolgte fast zwei Jahrzehnte lang eine isolationistische Politik (was freilich ihre Hegemonie in Amerika nicht oder nur teilweise beeinträchtigte). Der andere Staat, der globale Ziele verfolgte, war die auf den Ruinen Russlands neu entstandene Sowjetunion, die das Ziel der kommunistischen Weltrevolution aufgab und stattdessen ein Programm des „Sozialismus in einem Land“ verfolgte, die diplomatischen Beziehungen zu ihren Nachbarn normalisierte und bis Mitte der 1930er Jahre *de facto* eine Politik des Isolationismus betrieb.

Der Rückzug der beiden Staaten mit messianischen Agenden rückte, etwas anachronistisch, die Probleme der europäischen kontinentalen Hegemonie und damit der kolonialen Herrschaft wieder in den Vordergrund.

Das traditionelle, westfälische System der internationalen Beziehungen, das auf bilateralen Beziehungen und gelegentlichen Bündnissen zwischen (europäischen) Nationalstaaten beruhte und in der Praxis darauf abzielte, eine kontinentaleuropäische Hegemonie auszuschließen, erwies sich nun jedoch als nicht mehr praktikabel, nicht zuletzt wegen des Machtvakuum, das an der Stelle Österreich-Ungarns entstanden war. Das

zwischenstaatliche System, das ein Gleichgewicht anstrebte, wurde durch das Konzept des *Großraums* hinweggefegt, und für einen Moment schien es, als sei die Welt effektiv in vier „große Räume“ aufgeteilt: das deutsch(-italienisch) geführte Neue Europa, die japanischen großostasiatischen gemeinsamen Räume der Aufklärung, das von den USA dominierte Amerika (mit den Resten des Britischen Empire) unter dem Monroe-Prinzip und die Sowjetunion.

Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion und der japanische Angriff auf die Vereinigten Staaten erschütterten jedoch die Aussichten dieses – man könnte sagen globalen – westfälischen Systems, und der Zusammenbruch der Staaten des Dreierpaktetes bedeutete das Ende des Großmachtkonzepts, zumindest für eine gewisse Zeit. Es blieben zwei Mächte auf der Bildfläche, die beide die Weltherrschaft anstrebten, die aber durch die zwingende Kraft der Umstände am Ende des Zweiten Weltkrieges dennoch eine neue Aufteilung der Welt erreichten. Diesmal gab es keine offene Konfrontation um die Weltherrschaft, aber auf dem Spiel stand im Kalten Krieg letztlich das endgültige Ende des Großmachtkampfes in einer sich zunehmend globalisierenden Welt.

Der Zusammenbruch der Sowjetunion und des sozialistischen Blocks bot das trügerische Versprechen des Letzteren, das jüngste Beispiel ist Francis Fukuyamas Theorie vom „Ende der Geschichte“, die den Triumph der liberalen Demokratien verkündete. In den 1990er Jahren kann man in der Tat von einer Hegemonie der USA und ihres Modells der liberalen Demokratie sprechen. Die meisten Staaten des ehemaligen sozialistischen Blocks versuchten, ihn zu adaptieren, aber auch China, das sich auf dem Weg zu Reformen befand, wurde zunehmend in das von den USA dominierte System der Weltwirtschaft integriert. Nur einige wenige „Schurkenstaaten“ (Irak, Iran, Nordkorea, Syrien, Venezuela) standen dem vollen Triumph im Weg, aber in den frühen 2000er Jahren begann man, sie zu liquidieren.

Aber dann tauchte Sand im Getriebe auf. Die „Demokratisierung“ Afghanistans und des Iraks war alles andere als ein Erfolg (ganz zu schweigen vom anschließenden „Arabischen Frühling“), und auch Russland und eine Reihe postsozialistischer Staaten begannen, Anpassungen auf dem Weg eines Modellwechsels nach westlichem Vorbild hin zu einem System vorzunehmen, das stärker auf die lokale Ebene ausgerichtet ist. Vor allem aber ist China zunehmend zu einem Konkurrenten im Bereich Outsourcing geworden, und das Projekt One Belt One Road (OBOR) hat offen ein Modell vorgestellt, das dem US-Modell Konkurrenz macht. Dieses Modell stellt zudem die jahrhundertelange westliche Dominanz grundlegend in Frage, da es die Reintegration der euro-atlantischen Weltordnung in eine eurasische verspricht. Und die 2020 durch das Coronavirus ausgelöste – gesundheitliche, wirtschaftliche, politische und spirituelle – Krise hat nicht nur geopolitische Konflikte, sondern auch Widersprüche innerhalb der westlichen Welt verschärft.

Identitätssozialismus

Nach Oswald Spenglers groß angelegter Morphologie der Weltgeschichte ist der Grundbegriff der letzten Epoche der abendländischen („faustischen“) Geschichte der Sozialismus, aber er verwendete den Begriff nicht in seinem traditionellen Sinn, d. h. in Bezug auf die sozioökonomische Theorie. Laut Spengler ist das Ziel des modernen westlichen Sozialismus imperialistisch, basierend auf dem unbegrenzten Willen zur Macht, und sein Wesen ist, dass *„woran wir glauben, jeder glauben muss; was wir wollen, muss jeder wollen. [...] alle müssen sich unseren politischen, sozialen und wirtschaftlichen Idealen anpassen, sonst gehen sie zugrunde“* (*Preußentum und Sozialismus*, 1919).

Es waren die beiden Arten dieses so genannten ethischen Sozialismus, die während der beiden Weltkriege aufeinandertrafen und den zukünftigen Kurs des Westens bestimmten

(dies war natürlich nur ein Element in der Reihe der Großmächtekonfrontationen, die als Zweiter Weltkrieg bekannt sind). Ersterer ging siegreich aus dem Kampf zwischen dem, was Spengler als sozialistischen Kapitalismus im obigen Sinne betrachtete, dem englischen (sächsischen) Kapitalismus, und dem „preußischen Sozialismus“ hervor, der zum griechisch-deutschen Nationalsozialismus verzerrt wurde. Dann kam es gemäß der Logik der „revolutionären“ Prozesse zu einem allmählichen Bruch in den Reihen der Sieger, und dieser Bruch wurde nach dem Ende des Kalten Krieges besonders akut.

Ende der 2010er Jahre wurde der Gegensatz zwischen der eher konservativen populistischen und der progressiven „Partei“ innerhalb der westlichen Eliten deutlich (das Wort „Partei“ ist hier natürlich in einem mehr oder weniger bildlichen, vormodernen Sinn zu verstehen, als ein loses, informelles Netzwerk, das um bestimmte Interessen und Werte herum organisiert ist, und nicht als eine organisierte und disziplinierte moderne Partei). Ersterer will den Westen bewahren und damit seine globale Führungsrolle sichern, während letzterer die Unterschiede zwischen dem Westen und dem Rest der Welt auslöschen und die Menschheit zu einer multikulturellen, offenen Gesellschaft einer einzigen universellen Zivilisation verschmelzen will (in der Tat lässt sich der Unterschied zwischen den beiden Positionen in der Debatte zwischen Huntington und Fukuyama ablesen).

Die Krisenprozesse, die durch die Coronavirus-Epidemie ausgelöst wurden, gaben der Fortschrittspartei die Gelegenheit, zu versuchen, lose Enden zu verknüpfen und auf die Populistische Partei [zurückzuschlagen](#), die in der zweiten Hälfte der 2010er Jahre unter den westlichen Staaten organisiert wurde. Ein Schlüsselement war der Sturz von US-Präsident Donald Trump, bei dem sich das mit dem US-Tiefen Staat verflochtene Silicon Valley, das in den letzten Jahrzehnten zur treibenden und dominierenden Kraft der Fortschrittspartei geworden ist, ganz offen in den demokratischen Wahlprozess eingemischt hat, zumindest zum Schein. Die Zuversicht der Tech-Giganten wurde durch den starken Anstieg der Nachfrage nach digitalen Werkzeugen und Online-Lösungen im vergangenen Jahr gestärkt, der auch den Reichtum der Oligarchen, die bereits zu den reichsten der Welt gehören, um jeweils mehrere zehn Milliarden Dollar [erhöht](#) hat.

Die fortschrittliche Partei ist in Wirklichkeit eine globale Oligarchie des globalen Großkapitals, der internationalen Bürokratie und der ineinandergreifenden Geheimdienste, die durch die fortschreitende Digitalisierung über die Mittel zur Sicherung ihrer Macht verfügt.

Edward Snowdens Enthüllungen vor fast einem Jahrzehnt gaben uns einen Einblick in die Praxis der *High-Tech*-Überwachung, und die Monopolstellung großer Unternehmen und die zunehmende allgemeine Einbettung in die digitale Sphäre haben die Möglichkeiten für eine solche totale Kontrolle erhöht. Sie lehnen aber auch die traditionellen Methoden der Kontrolle nicht ab, deren Ideologie, basierend auf der obigen Spengler'schen Definition und der Natur dieser Ideologie als basierend auf verschiedenen „Identitätsgruppen“, als Identitätssozialismus bezeichnet werden könnte, oder man könnte den Orwell'schen Begriff „Anglo-Sozialismus“ verwenden, da es sich letztlich um das Machtinstrumentarium einer kollektiven Oligarchie handelt, das die „Parteidisziplin“ und die Herrschaft über die Mehrheit gewährleistet.

Von *#metoo*- und BLM-Kampagnen über die Unterstützung der LGBTQ-Bewegung bis hin zu Gesetzesentwürfen, [die Kinder dazu ermutigen, ihre Eltern auszuspionieren](#), und zu immer neueren [Quotenplänen](#) – eine Reihe von Maßnahmen und Plänen soll die Gesellschaft durch schwer fassbare rechtliche Kategorien in Schach halten. Das Fehlen präziser Definitionen und Regeln ist kein Manko, das es zu überwinden gilt, sondern ein Mittel, das sicherstellt, dass jeder ein „Hassverbrechen“ begehen kann und vor das Gericht

der öffentlichen Meinung oder – in schwerwiegenderen Fällen – der Justiz gestellt und – vorerst – moralisch vernichtet werden kann.

Vor einer entscheidenden Schlacht

Die Fortschrittspartei fühlt sich nun im Sattel und wird in den kommenden Jahren versuchen, ihr Machtmonopol in der westlichen Welt auszubauen. Natürlich ist der Erfolg alles andere als eindeutig, was sich nicht nur an der hohen Zahl der Stimmen für Trump zeigt, sondern auch an der wachsenden Zahl europäischer Eliten, die anscheinend eine größere Distanz zum amerikanischen Zentrum suchen. Die Logik der oben erwähnten „Revolutionen“ könnte auch hier gelten und eine neue Spaltung innerhalb des Siegerlagers entstehen, zumal die „Trennung“ Europas von den USA in den letzten Jahren immer wieder thematisiert worden ist.

Beim gegenwärtigen Stand der Dinge können wir jedoch nur zwei Blöcke entstehen sehen: einerseits den von Washington geführten „ozeanischen“ Block mit der EU, Großbritannien und Australien, und andererseits China und dessen Verbündeten, einschließlich Russland, nach Orwell „Eurasien“ genannt. Die Führungsrolle des ersteren im chinesisch-russischen Tandem steht nicht mehr in Frage, ebenso wenig wie die Tatsache, dass nach Trump nun Biden den Fehdehandschuh gegen den wachsenden Einfluss Chinas aufnehmen muss. Trotz des Anscheins sind die politischen und wirtschaftlichen Strukturen der beiden gegnerischen Zentren sehr ähnlich.

Wir sehen sowohl in Peking als auch in Washington eine Allianz von Staatstechnokraten – einschließlich der Führer der Gewaltapparate – und (*Hightech*-)Oligarchen (die beiden Oligarchien sind eng miteinander verflochten), mit dem einzigen Unterschied, dass in China der Parteistaat und in den USA die Oligarchie dominieren. Der traditionelle Kapitalismus der freien Marktwirtschaft ist nicht nur in China, sondern auch in den USA nicht vorhanden, zumindest nicht in den Schlüsselsektoren, die von wenigen monopolistischen Firmen mit engen Verbindungen zum Staat beherrscht werden. Das von Peking eingerichtete Überwachungssystem ist auch in den Vereinigten Staaten weit fortgeschritten.

Obwohl beide Zentren globale Ziele verfolgen, ist der Unterschied spürbar: Während die chinesische Vision eines „geeinten menschlichen Schicksals“ die Akzeptanz kultureller Vielfalt fördert und auf die Steigerung des globalen Wohlstands abzielt, zielt die aus den USA stammende grün-progressive Vision (*Great Reset*. 2020) gerade auf den Abbau der „überkonsumierenden“ Wohlfahrtsgesellschaft und natürlich auf die Beseitigung der Unterschiede zwischen den Nationen.

Um den berühmten Satz zu paraphrasieren, der von der bourbonischen Restauration nach den napoleonischen Kriegen inspiriert wurde, hat China alles gelernt und nichts vergessen. Einerseits vermeidet sie die Fehler der westlichen Kolonialisten und amerikanischen Ideologen, die den Gebieten unter ihrer wirtschaftlichen und politischen Herrschaft ihre eigenen Werte aufzwingen und damit deren natürlichen Widerstand provozierten. Aber China begeht auch nicht die gleiche Torheit wie die Deutschen und Japaner in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, die im Gefühl ihrer wachsenden Macht eine offene Konfrontation mit den führenden Mächten ihrer Zeit provozierten. Chinas strategisches Ziel in seiner Rivalität mit den USA ist es, jede offene Konfrontation auf einen Zeitpunkt zu verschieben (verzögern, vermeiden – siehe Sun Tzu), an dem sie für die Chinesen günstig wird oder sogar ganz vermieden werden kann. Ein typisches Beispiel dafür ist das [Interview](#) mit dem chinesischen Politikwissenschaftler Yan Xuetong, in dem letzterer sagte, dass der Niedergang der USA für niemanden eine Überraschung sei, da alle Imperien

irgendwann untergehen und die USA wahrscheinlich das gleiche Schicksal erleiden werden wie das britische Empire.

Der letztendliche Fall der USA, unter welchen Umständen auch immer, würde keinesfalls die vollständige Weltherrschaft China bedeuten (es ist sogar zweifelhaft, ob so etwas überhaupt möglich ist). Genau wie nach dem „Sieg“ der USA könnte auf einen möglichen chinesischen Erfolg im neuen Kalten Krieg der Aufstieg neuer Mächte folgen. Angesichts der aktuellen „Islamisierung“ der westlichen Hälfte Europas könnte der neue Rivale sogar eine Art islamisches Imperium sein – ein Neo-Osmanisches oder das von Michel Houellebecq (*Unterwerfung*, 2015) beschriebene Szenario ist nicht mehr undenkbar. Genauso wie die oben beschriebene „revolutionäre“ Logik nahelegt, dass auf einen chinesisch-russischen Erfolg eine chinesisch-russische Rivalität folgen könnte.

All dies ist jedoch noch in weiter Ferne, da die kommenden Jahre wahrscheinlich in der Atmosphäre eines neuen Kalten Krieges verbracht werden. Es ist zu früh, das Ende der Vereinigten Staaten vorherzusagen, genauso wie wir nicht sicher sein können, dass dieser Kalte Krieg nicht zu irgendeinem unpassenden Zeitpunkt in einer offenen Konfrontation enden wird. Fast sicher ist jedoch, dass wie im „alten“ Kalten Krieg beide Seiten auf diese entscheidende Konfrontation vorbereitet sein werden, ob sie nun stattfindet oder nicht.

Der Autor ist Forschungsleiter am Institut des XXI. Jahrhunderts, Budapest ([XXI. Század Intézet](#))

Verwendete Literatur

- Jan Assmann. *Religio duplex: Ägyptische Mysterien und europäische Aufklärung.*
- П. М. Бицилли: «Восток» и «Запад» в истории Старого света [1922] Уб.: *Избранные труды по филологии.* Наследие, Москва, 1996, 22–34.
- Francis Fukuyama: *Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?*
- Michel Houellebecq: *Unterwerfung.*
- Samuel P. Huntington: *Kampf der Kulturen: Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert.*
- Halford John Mackinder: The Geographical Pivot of History, *Geographical Journal*, 23 (1904), 421–437.
- George Orwell: *1984.*
- Андрей Савиных: Два плана глобальной модернизации, БЕЛТА, 2021. február 4., www.belta.by/comments/view/dva-plana-globalnoj-modernizatsii-7656/
- Carl Schmitt: *Der Nomos der Erde im Völkerrecht des jus publicum Europaeum* [1950]. Duncker & Humblot, Berlin, 1988.
- Edward Snowden: *Permanent Record: Meine Geschichte.*
- Oswald Spengler: *Der Untergang des Abendlandes: Umriss einer Morphologie der Weltgeschichte.*
- Oswald Spengler: *Preußentum und Sozialismus.*



Dieser Beitrag erschien am 18. März 2021 auf dem [LÁTÓSZÖG-BLOG](#) und wurde von der [VISEGRÁD POST](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION, aus dem Ungarischen übersetzt.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Die EMA und die Pharmaindustrie: Abgeordneter Gerald Hauser im österreichischen Nationalrat

Unter den viel zu vielen täglichen medialen Berichten über Corona ging die Rede des Abgeordneten Gerald Hauser im Nationalrat unter.

Diese Rede ist es wert, dass man sich die kurze Zeit zum Anhören nimmt:

https://www.youtube.com/watch?v=oqH9CoXXYIs&ab_channel=FP%C3%96TV

Wir danken unserem Leser und Nachrichten-Übermittler „Anonymus Austria“ für diese Mitteilung!

04) Ex-Pfizer-Vizepräsident: „Die Regierungen lügen euch an und bereiten eine Massenentvölkerung vor“

09. 04. 2021



Dr. Mike Yeadon · Foto: Arshad Ebrahim / YouTube

Bereits als die Pharmafirma Pfizer Schlagzeilen machte, indem sie die damals bevorstehende Veröffentlichung ihres COVID-19-Impfstoffs ankündigte, hat ein ehemaliger Vizepräsident und leitender Wissenschaftler des Unternehmens, Dr. Michael Yeadon, die Notwendigkeit eines Impfstoffs zur Beendigung der COVID-19-Pandemie rundheraus abgelehnt. Ein Artikel über die Analyse und Prophezeiung des Wissenschaftlers bei UNSER MITTELEUROPA war damals Ziel von Zensurmaßnahmen „unabhängiger Faktenchecker“ bei Facebook, die inzwischen zurückgezogen wurden. Man entschuldigte sich für einen „Irrtum“.

Diesmal wollen wir betrachten, inwieweit die Prophezeiungen Yeadons von der Wirklichkeit eingeholt oder widerlegt wurden. Der Leser möge sich selbst ein Bild machen:

Im amerikanischen online-Magazin *lifesitenews* prangerte er die Regierungspropaganda über COVID-19 an, einschließlich der „Lüge“ von gefährlichen Varianten, des totalitären Aspekts von „Impfpässen“ und der starken Möglichkeit, dass wir es mit einer „Verschwörung“ zu tun haben, die zu etwas weit Schlimmerem als den Kriegen und Massakern des 20. Jahrhunderts führen könnte.

Der Top-Wissenschaftler, der immerhin über 30 Jahre lang die Forschung für neue Allergie- und Atemwegs-Medikamente in einigen der weltweit größten pharmazeutischen Unternehmen leitete und sich bei Pfizer mit der ranghöchsten Forschungsposition in diesem Bereich zur Ruhe setzte, ließ damals aufhorchen, als er zurecht warnte, dass es, wir zitieren wörtlich:

„absolut keine Notwendigkeit für Impfstoffe gibt, um die Pandemie auszulöschen [...] Ich habe noch nie so einen Unsinn über Impfstoffe gehört. Man darf auch nicht planen, Millionen von fitten und gesunden Menschen mit einem Impfstoff zu impfen, der nicht ausgiebig an Menschen getestet wurde.“

Die Äußerungen des Briten stehen am Ende einer umfassenden Kritik an der *Scientific Advisor Group for Emergencies* (SAGE), einer Behörde der britischen Regierung, die die Aufgabe hat, die Zentralregierung in Notfällen zu beraten. SAGE hat eine maßgebliche Rolle bei der Festlegung von Maßnahmen zur Abriegelung der Öffentlichkeit in Großbritannien gespielt.

Nachdem er darauf hinwies, dass es SAGE an essentiellen Fachwissen auf dem Gebiet, mit dem sie sich befassen, mangelt, da sie „keine klinischen Immunologen“ als Mitglieder haben, hebt Yeadon zwei fundamentale Fehler hervor, die sie in ihren Prämissen machte und die dazu führten, dass die Gesamtschlussfolgerungen radikal schief liegen, was zu der „Quälerei der Bevölkerung in den letzten paar Monaten“ führte.

Yeadons Hauptargumente:

- Medien und Big-Tech-Plattformen betreiben die gleiche Propaganda und Zensur der Wahrheit.
- Pharmafirmen haben bereits begonnen, nutzlose „Ergänzungs“- („Booster“-) Impfstoffe für kommende „Varianten“ zu entwickeln. Die Unternehmen planen die Herstellung von Milliarden von Fläschchen, zusätzlich zu der aktuellen experimentellen COVID-19 „Impfstoff“-Kampagne.
- Aufsichtsbehörden wie die *U.S. Food and Drug Administration* und die *European Medicines Agency* haben angekündigt, dass, da diese „Booster“-Impfstoffe so ähnlich sein werden wie frühere Injektionen, die für eine Notfallzulassung genehmigt wurden, Pharmaunternehmen nicht verpflichtet sein werden, „klinische Sicherheitsstudien durchzuführen.“
- Das bedeutet also praktisch, dass das Design und die Implementierung von wiederholten, erzwungenen mRNA-Impfstoffen zur Injektion von unnötiger genetischer Sequenz ohne Rechtfertigung führen wird.
- Warum tun sie das? Die Verwendung von Impfpässen und ein „Bank-Reset“ könnten zu einem noch nie dagewesenen Totalitarismus führen. „Massenentvölkerung“ wäre ein logisches Ergebnis.

Totalitarismus bekämpfen

Jeder müsse diesen Totalitarismus bekämpfen, so Yeandon, der sich selbst bereitwillig als einen „langweiligen Typen“, der „für eine große Pharmafirma arbeiten wollte...“ bezeichnet. Und der Brite geht mit seiner Regierung hart ins Gericht:

„Aber letztes Jahr habe ich erkannt, dass meine Regierung und ihre Berater das britische Volk über alles, was mit diesem Coronavirus zu tun hat, belogen haben. Auf jeden Fall alles. Es ist nicht wahr, diese Idee der asymptomatischen Übertragung, und dass Sie keine Symptome haben, aber Sie sind eine Quelle des Virus. Und auch, dass die Eindämmung funktioniert, dass Masken einen Schutzwert für Sie oder jemand anderen haben, und dass die Varianten furchterregend sind und wir sogar internationale Grenzen schließen müssen, um diese fiesen ausländischen Varianten draußen zu halten.“

Yeadon prophezeite messerscharf, was jetzt bereits „vorsichtig“ medial angekündigt wird:

„Oder, dass wir zusätzlich zu der aktuellen Liste der genetischen Impfstoffe, die wir auf wundersame Weise hergestellt haben, ‚ergänzende‘ Impfstoffe brauchen, um mit den Varianten fertig zu werden.“

Der Ex-Pfizer-Vizechef sieht Corona-Politik als auf Lügen basierend, wenn er sagt:

„Jedes dieser Dinge ist offenkundig falsch. Aber unsere gesamte nationale Politik basiert auf der Tatsache, dass all diese Dinge im Großen und Ganzen richtig sind, auch wenn sie alle falsch sind.“

Auch damit lag Yeadon richtig: „Konspiration und nicht nur Opportunismus treffen aufeinander“.

„Aber was ich gerne tun würde, ist über das zu sprechen, was ich für eine wahrscheinliche Verschwörung halte. Letztes Jahr dachte ich, es handle sich um das, was ich „konvergenten Opportunismus“ nannte, d. h. mehrere verschiedene Interessengruppen haben es geschafft, sich auf eine Welt im Chaos zu stürzen, um uns in eine bestimmte Richtung zu drängen. Es schien also etwas damit zu tun zu haben, aber ich war bereit zu sagen, dass es nur eine Konvergenz war.“

Yeadon sprach das aus, was viele Bürger besorgt machte, und jetzt noch mehr macht:

„Ich denke jetzt, dass das naiv ist. Ich habe keinen Zweifel mehr daran, dass sehr große Organisationen in der Welt entweder geplant haben, die nächste Pandemie auszunutzen oder die Pandemie geschaffen haben. Der Beweis ist, dass Dutzende und Aberdutzende von Regierungen alle die gleichen Lügen erzählen und die gleichen ineffektiven Dinge tun, die offensichtlich Leben kosten.“

Die steigenden Todesfälle, beispielsweise Herzinfarkt- oder Krebstote infolge der Fixierung auf Corona in den Krankenhäusern sind inzwischen evident. Das alles lässt die Regierungen kalt. Die Agenda „Great Reset“ wird – dank der „Pandemie“ – weiter durchgezogen, koste es was es wolle. Doch dies gilt nicht für alle, denn die Reichen wurden und werden weiterhin noch reicher.

Quellen: [MPI](#) und [lifesitenews](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) „Impfungen werden neue Weltordnung etablieren“

19. 04. 2021



Luca Zaia · Foto: Facebook

„Wir müssen uns bewusst sein [und] wissen, dass die Impfungen eine neue Weltordnung etablieren werden. Ob es uns gefällt oder nicht, das ist die Realität: Wir sollten versuchen, uns zu rüsten.“ Dies erklärte der Gouverneur von Venetien Luca Zaia gegenüber der italienischen Tageszeitung *Corriere della sera*.

„Wenn wir in ein paar Monaten oder Jahren erfahren, dass in einigen Ländern die Impfstoffe, sofern sie unabhängig beschafft wurden, fingierte Bescheinigungen erhielten, dass sie gut seien“, – sagt Zaia und spricht von einem ‚Parallelmarkt‘ von Impfstoffen -, „dann denke ich, dass wir die Pflicht haben, zu klären, ob solche Parallelmärkte existieren oder ob es eine Welt von Halsabschneidern gibt. Wir müssen das wissen. Wenn dies ein Krieg ist, und das ist er, sind Impfstoffe die Munition. Aber mit der Europäischen Union haben wir nur Ballast gehabt, Zwänge, die uns in den Abgrund ziehen.“

Quelle: [Ansa](#) / [VoxNews](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Big Pharma hat bereits 150 Milliarden mit der Pandemie verdient

20. 04. 2021



Fotoquelle: VoxNews

Laut der mexikanischen Zeitung *Jornada* haben die 7 wichtigsten pharmazeutischen Unternehmen*, die Covid-19-Impfstoffe herstellen, seit Beginn der Pandemie kumulierte Gewinne erzielt, die auf **152 Milliarden Dollar** geschätzt werden.

*) J&J, Pfizer, AstraZeneca, Moderna, Novavax, BionTech und CanSino

Quelle: [VoxNews](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Great Reset durch Negativzinsen ab dem ersten Euro?

22. 04. 2021



Bildquelle: MPI

Es besteht kein Zweifel, dass die Kosten für das Covid-19-Programm irgendwie aus unseren Taschen als Steuerzahler und Sparer kommen werden. Dies wird im Projekt „Great Reset“, das von Klaus Schwab, dem Chef des Weltwirtschaftsforums, unterzeichnet wurde, ausdrücklich festgestellt. Und jetzt, wie von Geisterhand, ist die Idee der negativen Zinsen auf unseren Bankkonten wieder aufgetaucht.

Die belgische Seite von RTL Info schreibt dazu:

Einige Banken, wie z.B. ING und TRIODOS, haben in letzter Zeit Negativzinsen auf große Einlagen von Privatpersonen und Unternehmen erhoben oder sich sogar erlaubt, regulierte Sparkonten in normale Konten umzuwandeln, um die Zahlung des Mindestzinssatzes von 0,11% zu vermeiden.

Diese Bewegung wurde gerade gestern durch die Entscheidung der ING verstärkt, einen Negativzins von 0,5% auf Konten von mehr als 250.000 € für Privatpersonen und Unternehmen in Belgien einzuführen.

Der Vorwand ist ganz offensichtlich.

Ziel ist es, Investitionen und Risikobereitschaft von Unternehmen und Haushalten zu stimulieren. Das Prinzip ist, dass diese Investitionen das Wachstum stimulieren, aber auch

die Schaffung von Arbeitsplätzen und damit die Kaufkraft der Haushalte und damit auch das Wachstum. All diese Dynamik sollte eine nicht sehr valide Wirtschaft unterstützen.

Beim Lesen dieser ersten Zeilen werden sich viele sagen, dass sie nicht betroffen sind, weil sie keine 250.000 € auf der Bank haben. Aber RTL Info macht deutlich, dass dies früher oder später, und wahrscheinlich früher als viele denken, Kleinsparer ab dem ersten Euro auf dem Konto direkt treffen wird!

Was ist mit Kleinsparern?

Eine deutsche Bank (Volksbank Raiffeisenbank) hat bereits ab dem ersten eingezahlten Euro einen Negativzins angewandt und zielt damit direkt auf Kleinsparer ab. Andererseits ist zu befürchten, dass diese „Bodensätze“ zu einem leichten Abschmelzen des Vermögens der Sparer führen, da die Zinsen die Lebenshaltungskosten nicht ausgleichen. Was bliebe also übrig? Nicht jeder will oder kann es sich leisten, das Risiko an der Börse einzugehen oder hat die Mittel, in Immobilien einzusteigen.

Hier sollte man genau beobachten, vor allem um zu sehen, wie die Bundesregierung einen möglichen Schritt der Banken in diese Richtung gestalten könnte.

Man hat Sie gewarnt....

Quelle: [MPI](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) Katalin Novák (Fidesz): Ich sehe eine ernstzunehmende rechte Kraft am Horizont

19. 04. 2021



Katalin Novák · Bildquelle: Facebook

Zur Zeit hat der Fidesz den größten Handlungsspielraum und eine Unabhängigkeit, die mit Freiheit gleichbedeutend ist.

„Während viele Parteien gerne mit dem Fidesz zusammenarbeiten würden, sind wir nur an einem Bündnis mit politischen Gruppen interessiert, die bereit sind, sich zu den Werten der traditionellen Rechten zu bekennen“, so Katalin Novák. Die Familienministerin, die auch die für internationale Beziehungen zuständige Fidesz-Vizepräsidentin ist, glaubt, dass die EU von innen heraus reformiert werden muss. Sie äußerte ihre Empörung über die Entlassung von Zsolt Petry, sagte aber auch, dass sie Deutschland nach wie vor für einen Rechtsstaat halte.

– Bei einer im Fernsehen übertragenen Regierungsbesprechung vor zwei Wochen sagte Gergely Gulyás, dass die Fidesz die Qual der Wahl habe, da alle rechten politischen Familien ihn gerne in ihren Reihen haben würden. Welcher werden Sie sich schließlich anschließen?

– Derzeit hat unsere Partei den größten Handlungsspielraum und eine Unabhängigkeit, die mit Freiheit gleichbedeutend ist. In der Tat haben viele Parteien ihre Absicht geäußert, in Zukunft mit dem Fidesz zusammenzuarbeiten. Auch in meiner persönlichen Eigenschaft erhalte ich viele Reaktionen von unseren Freunden in der EVP, die sagen, dass sie es bedauern, dass wir nicht mehr Teil der gleichen Parteifamilie sind, aber zuversichtlich sind, dass unsere guten Beziehungen auch in Zukunft fortbestehen werden.

– Wie sehen Sie die Möglichkeit, dass andere Parteien Ihnen folgen und die EVP verlassen?

– Die EVP ist schon lange nicht mehr geeint. Vielen gefällt der Linksruck nicht, einige Parteien [in der EVP] sind nicht nach links konvertiert, und die Tatsache, dass der Fidesz als stärkste Partei der Gruppe gegangen ist, macht ihnen das Leben nicht leichter. Ihren Wählern fällt es schwer zu verstehen, warum sie nicht im selben Bündnis Wahlkampf machen wie dieser Viktor Orbán, der Migranten von seinem Land fernhält, für die Werte der traditionellen Christdemokratie eintritt und selbst bei der Beschaffung von Impfstoffen besser abschneidet als andere. Mir scheint, dass es gute Chancen gibt, dass in Zukunft auch andere Parteien ihren Bruch mit der EVP offiziell verkünden werden. Sicher ist jedoch, dass es in der Familie, die wir gerade verlassen haben, viele Parteien gibt, die gerne weiter mit uns zusammenarbeiten würden.

– Am Ende des Treffens zwischen Orbán, Morawiecki und Salvini betonten die Teilnehmer die Notwendigkeit, die europäischen Rechte neu zu organisieren. Wie wird diese neue Rechte aussehen?

– Es wird eine Rechte sein, die Ja sagt zu Freiheit, Menschenwürde, Familie, Nation und Christentum. Sie wird dagegen ein klares Nein zu Einwanderung, imperialer Logik, Kommunismus, Antisemitismus und Zensur sagen. Diese neue Rechte wird nicht in Rätseln sprechen, sie wird nicht in der Sprache Brüssels sprechen und sie wird die Themen angehen, die den Menschen wirklich wichtig sind. Sie wird versuchen, die Frage zu beantworten, wie Europa wieder wettbewerbsfähig werden kann und gleichzeitig seinen kulturellen Reichtum und seine Wurzeln bewahren kann.

– Im Zusammenhang mit diesem ungarisch-italienisch-polnischen Treffen wurde in der Presse berichtet, dass Matteo Salvini die Migranten, die bereits italienischen Boden erreicht haben, verteilen möchte. Wäre das nicht ein Problem?

– Vom ersten Moment an haben unsere politischen Gegner versucht, die Teilnehmer zu spalten. Sie wenden diese Salomitaktik auch beim V4 an, wie sie es bei der EVP getan haben. Auch dieses Mal haben sie sofort versucht, einen Keil zwischen uns zu treiben, indem sie behaupteten, dass die polnische PiS und die italienische Lega ein anderes Verhältnis zu Russland haben. Als Donald Tusk das Treffen in den polnischen Medien kommentierte, spielte er sofort die „Wladimir Putin“-Karte. Schon allein aufgrund seiner Geschichte und seiner Sicherheitspolitik ist Polen in einer anderen Situation als wir oder die Italiener. Davor haben wir größten Respekt, und wir müssen darauf achten, dass wir die Interessen des anderen nicht beschädigen. Das gilt auch für die von Ihnen angesprochene Situation im Zusammenhang mit der Zuwanderung. Es wäre sehr überraschend, wenn man Matteo Salvini vorwerfen würde, er sei für die Einwanderung, denn er wird seit Jahren von Gericht zu Gericht geschleift, weil er es als Innenminister gewagt hat, Migrantenboote zu stoppen. Es stimmt jedoch, dass Italien aufgrund seiner geographischen Lage nicht genau den gleichen Standpunkt zu diesem Thema haben kann wie wir oder die Polen. Aber uns alle eint die gleiche Überzeugung: Die Zukunft wird denen gehören, die die Familien unterstützen werden.

– Zusammen haben Fidesz, PiS und Lega 67 Sitze im Europaparlament (EP) – was nicht viel zu sein scheint. Wofür könnte es reichen?

– Ich habe gute Gründe dafür, nicht in die Mystik der Zahlen einsteigen zu wollen. Wir kennen natürlich das Kräfteverhältnis im Europaparlament. Die einzige Situation, in der diese Zahlen wichtig werden, ist, wenn es um die Wahl geht. Unsere Abgeordneten sehen

eine Freiheitsgarantie darin, dass sie in Zukunft bei wichtigen Entscheidungen nicht mehr gezwungen sind, nach den Vorgaben der Fraktionsdisziplin abzustimmen. Angesichts der Zahl der Abgeordneten, deren Wertesystem dem unsrigen ähnelt, ist es jedoch klar, dass sich eine ernstzunehmende rechte Kraft am Horizont abzeichnet.

– Matteo Salvini sagte dem ungarischen Magazin *Mandiner*, dass „wenn die Europäische Volkspartei (EVP), die Europäischen Konservativen und Reformisten (EKR), Identität und Demokratie (ID) und andere Gruppen sich zusammenschließen würden, hätten wir eine Mehrheit.“ Heißt das, dass Sie die EVP nun doch berücksichtigen?

– Es wird auch viel über die Möglichkeit eines Zusammenschlusses von EKR und ID spekuliert. Was die eventuelle Rolle der EVP betrifft, so ist dies im Moment schwer vorherzusagen. Unklar ist zum Beispiel, was die Wahlen in Deutschland bringen werden, wo die Situation im Moment sehr unklar erscheint: Wenn sich die CDU/CSU nicht zusammenrauft, ist zu befürchten, dass die nächste Regierungskoalition ohne sie gebildet wird. Die Frage ist, ob irgendjemand aus dem Popularitätsverlust der Mitte-Rechts-Parteien die notwendigen Schlüsse zieht, nämlich dass sich die Suche nach Verbündeten auf der Linken nicht auszahlt, da sie bedeutet, dass man seine Prinzipien und Werte aufgeben muss, um den Anforderungen solcher Partner gerecht zu werden. Das ist es, was in Spanien mit dem *Partido Popular* passiert ist, und das ist es, was in Frankreich mit den Republikanern passiert. Irgendwann in der Zukunft könnte es auch innerhalb der EVP ein Erwachen geben: Sie könnte erkennen, dass sie nicht auf der Linken nach Verbündeten suchen sollte – auch wenn es dafür im Moment keine Anzeichen gibt und ein solcher Wechsel unter der jetzigen Führung praktisch ausgeschlossen ist. Wir unsererseits sind nur daran interessiert, Bündnisse mit politischen Gruppen zu schließen, die bereit sind, sich zu den Werten der traditionellen Rechten zu bekennen.

– Können die EKR- und ID- Fraktionen fusionieren?

– Wir sind noch nicht an dem Punkt angelangt, Strukturen auszuwählen. Ich bin überzeugt, dass die Grenzen überschritten werden können – zumindest teilweise. Das Treffen in Budapest brachte die prominentesten Vertreter der wichtigsten Parteien der EKR- und ID-Fraktionen zusammen. Im Europarat gibt es eine rechte Koalition, in der die Parteien der EKR- und ID-Fraktionen – und sogar die britischen Konservativen – zusammensitzen. Es gibt also keinen Mangel an Präzedenzfällen für eine solche Zusammenarbeit.

– Ist es sicher, dass die AfD als rechte deutsche Partei nicht Ihr Verbündeter sein wird? Warum suchen Sie weiterhin ein Bündnis mit der CDU, die nach links gerückt ist?

– Die Bedeutung unserer guten Beziehungen zu Deutschland auf Regierungsebene ergibt sich für uns nicht nur aus unseren Traditionen, sondern auch aus unseren gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen. Es gibt viele deutsche Firmen in Ungarn, und diese geschäftliche Zusammenarbeit ist nicht nur mit uns, sondern auch mit der ganzen V4 sehr stark. Nachdem wir die EVP verlassen hatten, sagte auch der bayerische Ministerpräsident Markus Söder, dass die Beziehungen zwischen den beiden Ländern erhalten bleiben müssen. Es ist daher selbstverständlich, dass es für uns sehr wichtig ist, gute Beziehungen zur CDU zu pflegen. Kürzlich sagte die AfD auf ihrem Parteitag jedoch, dass sie die EU verlassen wolle. Wir unsererseits suchen die Zusammenarbeit mit Parteien, die die Union von innen heraus reformieren wollen. Auch wir sehen die Notwendigkeit von Veränderungen, aber es ist in unserem Interesse, bestehende Fehler von innen heraus zu reparieren.

– **Die Welt am Sonntag sprach in einem Leitartikel durchgehend von einer „demokratischen Rechten“. Ist die AfD nicht eine demokratische Partei?**

– Das ist eine Debatte, in der es nicht um die AfD geht. „Demokratische Rechte“ bedeutet wörtlich, dass für uns die Achtung der demokratischen Werte eine Grundlage ist, die wir nicht ignorieren können. Wir wollen nicht sagen, welche der derzeit im Europaparlament vertretenen Parteien demokratisch sind und welche nicht. Gerade das gegen uns eingeleitete Artikel 7-Verfahren zeigt, wozu es führt, wenn andere willkürlich und ohne Rechtsgrundlage Ihr Bekenntnis zur Demokratie in Frage stellen. Die Achtung der Demokratie wird daher auch in Zukunft für uns grundlegend sein – was natürlich nicht bedeutet, dass wir bereit wären, mit irgendeiner Partei der demokratischen Rechten zu kooperieren, denn es gibt andere Punkte, an denen eine solche Zusammenarbeit scheitern könnte.

– **Obwohl Sie gerade die Bedeutung guter Beziehungen zu den Deutschen betont haben, hat der Fidesz in einem Fall, der nur einen einzigen im Ausland lebenden Ungarn betrifft – den scheinbar unbedeutenden Fall Zsolt Petry – den Fehdehandschuh aufgenommen, ohne weich zu sein. War das wirklich notwendig?**

– Es gibt nichts Unbedeutendes an diesem Fall. In dem Land, das heute Europa anführt, ist es möglich geworden, dass ein Mann entlassen und damit sein Wohlergehen gefährdet wird, weil er es gewagt hat – übrigens in einem toleranten Tonfall – eine Meinung zu äußern, die vom deutschen Mainstream abweicht. Das weckt Ängste und kann dazu führen, dass Menschen sich nicht mehr trauen, ihre Meinung zu vertreten. Wenn jemandes Nachteile auf die von der betreffenden Person geäußerten Meinungen zurückgeführt werden, ist dies manchmal nur eine Vermutung. Im Fall von Zsolt Petry handelt es sich aber nicht um eine Vermutung, denn die Hertha-Führung macht deutlich, dass dies tatsächlich der Fall ist. Und das alles, während sie selbst anerkennen, dass dieser ungarische Trainer kein Homophober ist, sondern ein toleranter Mensch, gepaart mit einem hervorragenden Fachmann, und dass der Gegenstand ihrer Meinungsverschiedenheit ausschließlich der Inhalt seiner Aussagen ist. Es ist ein Skandal, dass ein Arbeitgeber in Deutschland dies heute vor den Augen der Presse tun kann. Und besonders schockierend ist, dass der deutsche Europaminister Michael Roth die Entscheidung des Vereins dann noch begeistert begrüßte.

– **Zu dem Fall sagte Gergely Gulyás: „Wir müssen uns fragen, ob Deutschland noch ein Rechtsstaat ist.“ Glauben Sie, dass es das ist?**

– Ja.

– **Können Sie Ihre Antwort genauer begründen?**

– Ich könnte unzählige Gründe nennen, warum ich Deutschland für einen Rechtsstaat halte, aber in diesem speziellen Fall ist der Grund, dass es Rechtsmittel gibt. Wenn meine Informationen richtig sind, wird Zsolt Petry den Fall vor Gericht bringen, so dass die deutschen Gerichte die Möglichkeit haben werden, ihm Genugtuung zu verschaffen. Ich möchte glauben, dass dies der Fall sein wird.

– **Kommen wir zu einem weiteren sehr wichtigen Mitgliedsstaat: Frankreich. Wären Sie bereit, mit dem Rassemblement National zusammenzuarbeiten, das viele als Paria betrachten?**

– In Frankreich gibt es riesige Volksmassen, die verlangen, dass die politische Klasse rechte Werte vertritt. Die Republikanische Partei, die am besten die Fortführung des gaullistischen

Geistes verkörpert – zu der wir gute Beziehungen haben und die wir durchsetzen wollen – schwächelt, aber es gibt eine andere rechte Partei, die unglaublich populär geworden ist. Ob es uns gefällt oder nicht. Wir müssen uns also fragen, wie die Le Pen-Partei in den Umfragen so hoch gekommen ist, wofür sie steht und wie. Was uns betrifft, so suchen wir, wie ich bereits sagte, die Zusammenarbeit mit Parteien, die die Union von innen heraus reformieren wollen.

– Was halten Sie als Politikerin davon, dass Ursula von der Leyen in der Türkei auf dem Sofa sitzt? Zeigt die Tatsache, dass die Brüsseler Elite mitten in der Epidemie eine so große Sache aus diesem Vorfall machte, nicht, wie realitätsfremd sie ist?

– Ich denke, dass dieser Vorfall überbewertet wurde. Die Beschaffung von Impfstoffen und der Kampf gegen die Epidemie sind im Moment weitaus wichtigere Themen als solche Protokollprobleme. In Klammern füge ich folgende Bemerkung hinzu: Wenn sie sich bereits in einer solch unangenehmen Situation befunden hätten, unabhängig von der Rangfolge der Institutionen, hätte Charles Michel als Gentleman seinen Stuhl Von der Leyen anbieten können. Diese hätte dann entscheiden können, ob sie das Angebot annimmt oder nicht.

Quelle: [Magyar Nemzet](#) (Autor: Imre Csekő)

Magyar Nemzet

Die Magyar Nemzet ist die größte Tageszeitung Ungarns. Die 1938 gegründete Magyar Nemzet (dt. Ungarische Nation) ist eine führende Zeitung der Konservativen und steht der Regierung von Viktor Orbán nahe.



Dieser Beitrag erschien in deutscher Übersetzung bei der [VISEGRÁD POST](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

09) Fidesz schließt sich Konservativen im Europarat an

22. 04. 2021



Foto: Visegrád Post

Nachdem sich Fidesz und die Europäische Volkspartei (EVP) Anfang März nach mehrjährigen Streitigkeiten geschieden haben, wird darüber spekuliert, welcher Fraktion die Partei von Viktor Orbán in Zukunft angehören wird. Ihre engsten Verbündeten, die polnische PiS und die italienische Lega, gehören den Europäischen Konservativen und Reformisten (62 Abgeordnete) an, andere rechte Parteien hingegen gehören der Fraktion Identität und Demokratie (75 Abgeordnete) an.

Kein Bündnis zwischen Fidesz, RN und AfD geplant

Es werden mehrere Möglichkeiten in Betracht gezogen, darunter – die wahrscheinlichste Variante – der Beitritt zu den Europäischen Konservativen und Reformisten (EKR); andere Optionen sind die Fusion der EKR- und der ID-Fraktion oder sogar die Gründung einer neuen Fraktion um Fidesz, PiS und Lega. Eines scheint im Moment sicher zu sein, und ihre Führer haben dies in den letzten Wochen mehrfach bekräftigt, dass Fidesz im Europäischen Parlament keine gemeinsame Sache mit Marine Le Pens Rassemblement National (RN) oder mit der Alternative für Deutschland (AfD) machen will.



Katalin Novák – Familienministerin und stellvertretende Fidesz-Vorsitzende mit Zuständigkeit für die europäischen Beziehungen – erklärte in einem Interview, das am 17. April von der ungarischen Tageszeitung *Magyar Nemzet* veröffentlicht wurde:

„Während viele Parteien gerne mit Fidesz zusammenarbeiten würden, wollen wir nur mit politischen Gruppen ein Bündnis eingehen, die bereit sind, sich zu den Werten der traditionellen Rechten zu bekennen“.

Im Europarat zusammen mit der FPÖ und der AfD

Die Frage stellte sich übrigens auch für die Parlamentarische Versammlung des Europarates, und hier wurde soeben beschlossen: Fidesz ist der Europäischen Konservativen Fraktion (EKG) beigetreten, zu der die österreichische FPÖ, der flämische Vlaams Belang, die tschechische SPD, die deutsche AfD, die italienische Lega sowie die Fratelli d'Italia, aber auch die polnische PiS und die britischen Konservativen gehören.

„Kein bilaterales Verhältnis zur AfD“

Diese Mitgliedschaft bei der konservativen Fraktion im Europarat, verbunden mit den jüngsten Erklärungen von Katalin Novák, dass

Fidesz „keine bilateralen Beziehungen zur AfD hat, das heißt, dass seine Partner in Deutschland die CDU und die CSU sind und dass Fidesz keine Absicht hat, das zu ändern“

scheint auf eine bevorstehende Mitgliedschaft von Viktor Orbáns Partei in der Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformisten (EKR) im Europäischen Parlament hinzudeuten, da Katalin Novák eine Zusammenarbeit mit der AfD im Europäischen Parlament erneut klar ausgeschlossen hat.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei der [VISEGRÁD POST](#), unserem Partner und der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

10) Alptraum droht: Deutschland auf dem Weg zum grünen Staat

22. 04. 2021



Werden diese Leute demnächst in Deutschland das Sagen haben?

Beinahe jeder dritte deutsche Wahlberechtigte würde derzeit die Grünen wählen. Eine Partei, deren führende Köpfe, die laut eigene Aussagen Deutschland in seiner bisherigen Form am liebsten abschaffen wollen. Unser Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION, [zurzeit.at](https://www.zurzeit.at), analysiert das Unvorstellbare anhand der letzten Umfragewerten:

Laut einer Forsa Umfrage am 20.04 liegt das Bündnis90/ die Grünen mit 28% klar vorne. CDU und SPD müssen schwere Verluste einstecken.

Die berühmte Sonntagsumfrage zur Bundestagswahl am 26.09.2021 wurde im Auftrag von



RTL und n-tv durchgeführt. 1502 Wahlberechtigte wurden telefonisch zwischen dem 19.04. dem 20.04. befragt. Zwar sind Wahlumfragen keine Prognosen für das Wahlergebnis und zeigen lediglich die aktuelle politische Stimmung, dennoch lassen sie relativ genaue Schlüsse zu. Bei den letzten Wahlen lag die mittlere Abweichung von Forsa bei 2,18 Prozentpunkten.

Nach dieser Wahlumfrage würde die Union der CDU/CSU abgeschlagen hinter den Grünen auf 21% kommen. Weit dahinter müssten sich die SPD mit 13%, die FDP mit 12% und die AfD mit 11%, zufriedengeben. Sonstige Parteien sollen laut Umfrage insgesamt 8% erhalten. Der SED Nachfolger „Die Linke“ könnte 7% erhalten. Im Vergleich zur letzten Wahl würden das Bündnis 90/die Grünen satte 19.3 Prozent dazu gewinnen. Eine Koalition wäre den Daten zufolge theoretisch mit der Union oder der SPD und der Linken möglich.

Bei der Bundestagswahl 2017 erreichten die CDU/CSU noch 32,9%, die SPD 20,5%, die AfD 12,6% ,die FDP 10,7%, die Linke 9,2% und die Grünen nur 8,9%.

Es ist also mit dem Schlimmsten zu rechnen. Zum ersten Mal in der Geschichte der BRD könnte uns eine grüne Bundeskanzlerin drohen.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

11) Bündnis 90 / Die Grünen - Koalitionspartner für Konservative? Von Anonymus Austria



„Grün“ im Sinne von Natur-, Umwelt- und Heimatschutz, war vor 40 Jahren noch die Hoffnung vieler auf eine politische Änderung der verkrusteten gesellschaftlichen Strukturen. Diese Hoffnung gibt es jedoch schon seit mindestens 30 Jahren für alle Aufmerksamen nicht mehr!

Die real gelebte grüne Ideologie ist ein sehr bitteres Gemisch aus

- **Neo-Kommunisten:** Mitläufer der 68er-„Revolutionäre“ und deren wenige Nachkommen, obwohl diese nicht das geringste Wissen und Erleben von dem besitzen, was gelebter Kommunismus, das Martyrium in den Arbeits-/Straflagern und Schweigezellen der Haftanstalten, 70 lange Jahre, für hunderttausende betroffene Menschen und die Völker bedeutete.

- **Bobos**: im Leben gescheiterte **Althippies**, nun vereint mit den jüngeren **Yuppies**. Diese Bobos sind nur mehr auf die materielle Selbstverbesserung ihrer Outfits, Lifestyles, vielfach in Nobelwohnsitzen und auf ihre Karrieren konzentriert. Kapitalismuskritik wird nur verbal, aber lautstark geübt und ist stets verknüpft mit einem stets überbetonten Weltbürgertum. Die „*krassen Verlierer*“ sind für die Bobos nicht die Hartz-IV-Empfänger von nebenan, sondern sind in Afrika und Asien zu suchen. Das macht natürlich ein mitfühlendes Engagement gegen die Auswüchse des Mega-Kapitalismus vor der eigenen Haustür völlig unmöglich. Sie sind jedoch, nach skuriler Eigenansicht, politisch klar „*links eingestellt*“ und lehnen die „*entfremdende Arbeit*“ ab, haben jedoch gleichzeitig zentrale Normen der kapitalistischen Lebensweise verinnerlicht: die Lohnarbeit ist schon in Ordnung, „*aber nicht für mich!*“ Die Bobos haben sich vor allem der Optimierung ihrer selbst verschrieben: sie kaufen ihre geschreinerten Stil-Küchen- und Wohnzimmermöbel aus seltenem Teakholz aus Indonesien - aber nur, wenn es in „*Fairtrade-Manier*“ und „*aus nachhaltig angebauten Rohstoffen besteht!*“ In einer Bobo-Wohnung stehen oft grüne oder rote alte Kinosessel, eine große, löchrige Ledercouch und skurile Gegenstände, wie eine wacklig-wurmige Holzleiter, auf der Blumenkästen und Bücher dekorativ nebeneinander platziert werden können. Sie speisen Salat aus Kichererbsen, fein angebratenem Brokkoli, Blattsalaten, Avocado und Granatapfelkernen, bei Fleischgerichten essen sie die „*Ich-kenne-den-Schlachterpersönlich*“-Produkte und ihre kulinarischen Wünsche reichen bis zur eigenen Selbstversorgung in einem Schrebergarten, mit einer feinen, vollklimatisierten kleinen Hütte (die kleinen Hüttler), mit Gemüse- und Kräuterbeeten. Das Hüttlein ist jedoch gegenüber dem arbeitenden oder pensionierten nachbarlichen Pöbel hoch umzäunt. Beim Thema Essen wird öfter entschuldigend auf die beschränkten finanziellen Mittel verwiesen: die Bio-Margarine für nur vier Euro fünfzig pro 500 Gramm, die verpackungsfreien Nudeln für nur sieben Euro pro 500 Gramm. Der angepeilte Bobo-Lebensstil ist immer höher als das meist von den Eltern finanzierte studentische Dauer-Einkommen. Wenn schon ein Auto, dann aber ein E-Auto, das zwar in der gesamten Herstellung dreimal so viel Energie wie ein normales Auto benötigt, jedoch „*wir tun etwas für die Klima-„Rettung“*“ signalisiert. Ihre Bekleidung besteht aus Fairtrade-Jeans ab nur 270 Euro, sowie einer Mischung aus stark riechender Second-Hand, gepaart mit hochwertigsten Mode-Marken, Handmade-Kleidung vom Flohmarkt, sowie H&M- Produkten, die jedoch noch aus ihrer pubertären Zeit stammen. Ein Bobo versteckt, umweltbewußt, das immer brandneueste Smartphone hinter einer schmucken „*Fair-Trade Hülle aus Kork*“.
- **Bourgeois/Bohemien**: Sie glauben sich über alle Traditionen, über alle Werte hinaus völlig erhaben, glauben jedoch an einen nicht genau definierbaren Fortschritt – real ins Nichts, sie leben in völlig bewußter Distanz zum Nächsten, sie hoffen auf einen steilen gesellschaftlichen Aufstieg und auf eine hohe Anerkennung, aber natürlich ohne Gegenleistung ihrerseits. Es wurde z.B. in Wien eine Bohemien-Stadträtin gefilmt, die sich zur „*Demo gegen Rechts*“ mit dem großen Dienst-Mercedes bis auf 200 Meter heranfahren ließ, um dann aus dem Kofferraum das billige Fahrrad für den Rest der Strecke zu benutzen. Die „*von allen Tabus befreite Sexualität*“ war und ist seit Beginn ein wichtiges Anliegen: ein Vordenker, Volker Beck, tätigte unter anderem folgende Äußerungen: „*Eine Entkriminalisierung der Pädosexualität ist angesichts des jetzigen Zustandes ihrer globalen Kriminalisierung dringend erforderlich, nicht zuletzt weil sie im Widerspruch zu rechtsstaatlichen Grundsätzen aufrechterhalten wird. Und weiter: „„Allein eine Mobilisierung der Schwulenbewegung für die rechtlich gesehen im Gegensatz zur Pädosexualität Streichung des § 175 StGB und für die Rechte der Homosexuellen wird das*

völlig unproblematische Gleichstellung von Homo- und Heterosexualität durch die Zementieren eines sexualrepressiven Klimas verhindern können – eine Voraussetzung, um eines Tages den Kampf für die zumindest teilweise Entkriminalisierung der Pädosexualität aufnehmen zu können. Als strafrechtliche Perspektive wäre z. B. eine Novellierung ins Auge zu fassen, die einerseits das jetzige ‚Schutzalter‘ von 14 Jahren zur Disposition stellt oder auch eine Strafabschensklausele.“ Der Arbeitskreis „Kinder und Jugendliche“ der „[Grünen](#)“ in [Baden-Württemberg](#) erklärte bereits im April 1985: „Einvernehmliche sexuelle Beziehungen zwischen Erwachsenen und Kindern müssen straffrei sein. Da Kinder Menschen sind, hat niemand das Recht, sich unter welchem Vorwand auch immer über ihre Rechte auf Selbstbestimmung und persönliches Glück hinwegzusetzen“. Die Pädophilie-Debatte 2013 war eine über den Umgang der grünen Partei mit Vertretern der [Pädophilenbewegung](#), sowie deren Rolle in der Frühphase der grünen Partei bereits Anfang der 1980er Jahre. In dieser Debatte wurden im Wesentlichen Vorgänge und Texte der [Pädophilie-Debatte der 1970er und 1980er Jahre](#) thematisiert, die in den [1980er](#) Jahren schon Gegenstand der Presseberichterstattung waren. Ein öffentlicher Aufschrei erfolgte durch die Verleihung des [Theodor-Heuss-Preises 2013](#) an den grünen Europaabgeordneten [Daniel Cohn-Bendit](#). Die grüne Partei reagierte mit der Beauftragung und Finanzierung eines „Forschungsprojekts“ am [Göttinger Institut für Demokratieforschung](#) zu „Umfang, Kontext und Auswirkungen pädophiler Forderungen in den Milieus der Neuen Sozialen Bewegungen sowie der Grünen“. 2015 beschloß der Bundesvorstand der sogenannten Grünen, an drei betroffene Mißbrauchsoffer „eine Zahlung in Anerkennung des ihnen zugefügten schweren Leides“ als Entschädigung zu leisten. Ein Oppositionspolitiker schleuderte den „Grünen“ im Bundestag ins Gesicht: „Sie faseln von Kinderrechten, wollen aber die Tötung ungeborenen Lebens im Schnellverfahren durchsetzen! Ihr Antrag zeugt von ihrer Tradition, menschenfeindliche Politik durch pseudohumanistische Phrasen zu tarnen! Deshalb vergessen sie auch gerne, daß Rot-Grün die Hartz IV Armut beschlossen hat, und Joschka Fischer Deutschland in den ersten Angriffskrieg-Krieg nach 45 trieb“. Sieglinde Frieß, ehemals Parlamentarierin der sogenannten Grünen, sagte: „Ich wollte, daß Frankreich bis zur Elbe reicht und Polen direkt an Frankreich grenzt.“

„Heimatliebe ist Hundescheiße, hört auf Österreich zu feiern“ publizierte stolz der grüne Wiener Nachwuchs. „Ich wünschte, Deutschland wäre im 2. Weltkrieg vollständig zerbombt worden. Dieses Land verdient keine Existenzberechtigung“, twitterte Frau Waziri, Ex-Landessprecherin der Grünen Jugend in Schleswig-Holstein. Familie Waziri floh vor den Mudschaheddin aus Afghanistan und Deutschland rettete die Familie. Bei den „Grünen“ lernte sie, das Land zu hassen.

- **Genderisten**: Den Gender-Terror wollen die grünen Moralhüter zur Staatsdoktrin machen! Das Frauen-Referat in Frankfurt am Main - in Händen der Grünen - hat einen Leitfaden zur Verwendung der Gender-Sprache für „Ämter und Einrichtungen der Stadt und der gesamten Öffentlichkeit“ herausgebracht. Demnach sollen die Stadtangestellten den Gender-Stern, Unterstich, Binnen-I oder Binnen-Doppelpunkt in der geschriebenen und gesprochenen (!) Sprache verwenden. Das generische Maskulinum sei eine „überholte Sprachgewohnheit“, dekretieren die Grünen mit ihrer Streichung des § 175 StGB und für die Rechte der Homosexuellen wird das

Präpotenz, Arroganz und Machtbesessenheit! Frankfurt ist lediglich das jüngste Beispiel einer Stadtverwaltung, die die Gender-Sprache durchzusetzen versucht. Zuvor waren es Stuttgart, Dresden, Hannover, Berlin, Potsdam etc. Doch weitere Nachrichten zeigen, in welchem Maße die Gender-Lobby die Staatsmacht mißbrauchen will, um Fakten zu schaffen – ohne Rücksicht darauf, was die Menschen denken oder gar wirklich wollen: die FAZ schrieb am 10. November 2020: *„Eine Studie belegt überraschend große Bereitschaft von Studenten der Sozialwissenschaft, die Meinungsfreiheit einzuschränken. Wie kommt es dazu? „Die Befragung von knapp tausend Studenten überwiegend aus dem linken Spektrum brachte den alarmierenden Befund, daß ein beträchtlicher Anteil von Studenten mit anderen Meinungen nicht konfrontiert werden will. Ein Drittel bis die Hälfte der Befragten sind dagegen, Redner mit abweichenden Meinungen zu den am meisten umstrittenen Themen Islam, Geschlecht und Zuwanderung an der Hochschule zu dulden. Noch höher ist der Anteil derer, die solchen Personen keine Lehrbefugnis geben würden, wiederum ein Drittel will ihre Bücher aus den Bibliotheken verbannen.“* Das grün angehauchte Milieu in Deutschland hat somit gut dokumentiert ein gestörtes Verhältnis zur Freiheit! Wenn 99 Prozent aller Menschen die Genderschreibe und -sprache nicht wollen, müssen sie eben dazu gezwungen werden.

- **Einwanderungsbegeisterte**: Die Obgenannten stellen die größte Gruppen bei den sogenannten „Flüchtlingshelfern“ und damit, eng verbunden, auch bei den selbst ernannten, multinationalen „NGO“. Nicht die Nächstenliebe, sondern die Fernsten-Liebe, seit frühen Kindertagen immer gepaart mit induziertem Selbsthaß und zynischem Nihilismus, treibt die Guten auf die Bahnhöfe, Plätze, Straßen und aufs Mittelmeer zum vom Staat/Kirche gut bezahlten „Willkommen“ derjenigen, die dann, rein aus purer Verachtung geprägt, Europa destabilisieren. Neo-Marxisten, Bourgeois, Bohemiens und Bobos begrüßen die „Vielfalt“ und bekleben die Universitätsklosetts mit ‚refugees welcome‘-Stickern, bewegen sich jedoch meist in deutschstämmigem, homogenem Milieu der Guten und tendieren spätestens nach einer – sehr seltenen - Familiengründung zum Einzug in kulturell begrenzte deutsche Stadtteile. Sie schicken auch deshalb ihre Kinder in Privat-Schulen, keine Sekunde lang bewegt sie das Schicksal der ärmeren deutschen Kinder in hoffnungsloser, terrorisierter Minderheitenposition im eigenen Land. Realität und Praxis: *„Zwei Tage lang hatte Hamburgs Justizsenatorin Anna Gallina zu einem Vorgang geschwiegen, der auch innerhalb ihrer eigenen Partei für viel Unruhe gesorgt hatte. Am Freitag dann bat die Landesvorsitzende der Grünen um Entschuldigung. Sie sprach von Irritationen und Empörung, die durch Berichte über ein Hummeressen nach einem Einsatz für Flüchtlinge 2017 auf Malta entstanden seien!“*
- **Klima-„Retter“**: *„Es gibt keine Alternative zu klima-freundlichem Verhalten“*, so lautet das Glaubensbekenntnis aller auf den Straßen hüpfenden, zentral orchestrierten „Klima-Retter“. Letzte Begründungsinstanz ist das *„durch Wissenschaft legitimierte Wissen“* der Klimaforschung: so sei es *„ein wissenschaftlich erwiesener Fakt, daß es sich beim durch Menschen gemachten Klimawandel um das fundamentalste Problem handle, das zudem höchste Dringlichkeit habe“*. Auf den respektablen Einwand kritischer Menschen, daß es vor allem die, in immer wiederkehrenden Zyklen, wegen ihrer in der Neigung zur Sonne ein wenig mehr „gekippte“ Erdachse sei, welche die globale Erderwärmung auslöse, wird mit überheblichem Lachen

geantwortet. Aufgrund der unterstellten Universalität wissenschaftlicher Erkenntnisse zeigt sich bei Themen wie Klimawandel und Nachhaltigkeit auch der größte Missionierungseifer der vom Großkapital orchestrierten Klima-„Retter“: alle müssen von der Dringlichkeit eines zu verändernden Bewußtseins überzeugt werden und deshalb auch zu zahlen bereit sein! Die Widersprüche in der „Retter“-Ideologen zeigen sich insbesondere im Reiseverhalten. Da die Klima-„Retter“ bekennende Kosmopoliten sind, gehört das ständige Reisen, auch in fernste Länder, zum festen Bestandteil ihres Lebens: die z.B. lautstark beklagte, lange Zugfahrt nach Portugal an die Agave für dreihundertdreißig Euro (statt des Billigflugs für 19,99 Euro) führt drastisch das unendliche Leid der „Retter“ vor Augen! Die eingestandene Notwendigkeit, oft ein äußerst umweltschädliches Transportmittel wie das Flugzeug zu nehmen, führt in der Debatte zur lachhaften Widersinnigkeiten. Der Teufel treibt seit jeher den Beelzebub aus: ausgerechnet der bekennende, wahrhafte Menschenfreund Bill Gates schreibt, daß die Corona-Pandemie Ende 2022 besiegt sei, jedoch das *„Klimaproblem müsse bis spätestens 2050 gelöst sein. Es reiche aber nicht, die Treibhausgase bis dahin um 80 oder 90 Prozent zu senken, das Ziel muß Null Treibhausgase sein. Die Welt werde bis dahin aber dreimal so viel Strom brauchen wie heute. Und dieses Ziel sei nur mit Hilfe von „neuen, supersicheren, kleinen Atomkraftwerken“ erreichbar“*. Spätestens hier müßte bei allen „Klima-Retter“, den Bobos & Co., sämtliche Warnlampen im Hirn sofort aufleuchten: die Atomkraft als Lösung des Klimaproblemes?!

- **Bill Gates**, der supergrüne Vordenker, macht alles möglich!

Dr. Lothar Gassmann, einstmals einer der bekanntesten Wegbereiter der Grünen, ist der Autor dieses Buches:



Weiterleitung durch Anonymus Austria am 03.04.2021

12) "Bausteine einer anderen Gesellschaftsordnung": BDI identifiziert den totalitären Charakter der Grünen

Der Bundesverband der deutschen Industrie warnt vor den im Parteiprogramm der Grünen verankerten Zielen. Diese liefen nicht nur der Sozialen Marktwirtschaft zuwider, sondern führten letztendlich zu einer Steuerung der Bürger durch einen autoritären Staat.

Von Anonymus Austria

12.04.2021 11:40 [Deutsche Wirtschaftsnachrichten](#)

Der Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) warnt vor den politischen Zielen der Grünen, wie sie im Mitte März veröffentlichten Entwurf des Wahlprogramms enthalten sind. Würden diese verwirklicht, komme es zu einem grundlegenden Umbau der Gesellschaft, einem Abbau von bürgerlichen Freiheiten und der Etablierung eines dirigistischen, bevormundenden Staates.

Die [Frankfurter Allgemeine Zeitung](#) zitiert aus einem Schreiben des BDI:

„Der Entwurf gibt aus Sicht der deutschen Industrie Anlaß zur Sorge“. Der Umbau der sozialen in eine sozial-ökologische Marktwirtschaft sei nur mit einer grundlegend veränderten Gesellschaft möglich. „Das Programm ist durchzogen von einem prinzipiellen Mißtrauen gegen marktwirtschaftliche Mechanismen und Akteure, deren Agieren durch einen steuernden Staat eingegrenzt werden soll“. Aus Sicht des BDI offenbart der Entwurf „ein ausgeprägt dirigistisches Staatsverständnis“ und „eine sehr eingeeengte Perspektive auf ein Staatsziel Klimaschutz“. (...) „Die Vielzahl von Verboten, Quoten und Technologievorgaben sind Bausteine einer anderen Gesellschaftsordnung“, in der das Leben der Menschen und die Wirtschaft staatlich gesteuert würde.

Der BDI faßt zusammen:

Im Ergebnis setzen die Grünen nicht auf eine kluge Mischung aus Anreizen, Regeln und marktwirtschaftlichen Instrumenten, sondern auf dirigistische Preissetzungsmechanismen und ordnungsrechtliche Vorgaben. Das wird an Forderungen nach Mietobergrenzen, Deckelung von Mieterhöhungen oder Erleichterung von Wohnungstausch samt bestehenden Verträgen deutlich. Es wäre gut, die Kräfte der Marktwirtschaft stärker zu nutzen, statt ihr mit so großem Mißtrauen zu begegnen.

Positiv sind die Forderungen nach einem Jahrzehnt der Zukunftsinvestitionen, um die Folgen der Corona-Pandemie zu überwinden und den Standort Deutschland zu stärken. Ob dieses richtige Ziel mit dem vorgeschlagenen Handlungsprogramm erreichbar ist, muss stark bezweifelt werden. Höhere Steuern mindern die Investitionskraft und behindern Zukunftsinvestitionen auch in klimafreundliche Technologien.

Der Entwurf offenbart ein ausgeprägt dirigistisches Staatsverständnis, das – mit einer sehr eingeeengten Perspektive auf ein Staatsziel Klimaschutz – Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft durch Konzepte staatlicher Lenkung und Umverteilung ersetzen will. Internationaler Klimaschutz ist auch mit marktwirtschaftlichen Instrumenten durch

technologische Veränderungen und mit einer starken Industrie möglich, die diese Innovationen entwickelt. Für die Diskussion um die besten Lösungen steht der BDI bereit.

Das [Fazit des BDI, gezogen in einer anderen Untersuchung, ist eindeutig](#): „Das Programm zeigt wenig Licht und viel Schatten. Die Grünen wollen eine andere Gesellschaft. Den Umbau sollen Wirtschaft und Gesellschaft teuer bezahlen.“

Bedenklich ist, daß die vom BDI monierten Ziele – eine totale Ausrichtung am „Klimaschutz“ und eine davon abgeleitete Einschränkung der persönlichen Freiheitsrechte – inzwischen auch auf höchster EU-Ebene verfolgt werden. So hatte bereits vor einiger Zeit ein führender Analyst der Deutschen Bank darauf hingewiesen, daß **eine Verwirklichung des sogenannten „Green Deals“ faktisch nur unter den [Bedingungen einer „Öko-Diktatur“ möglich sei.](#)**

13. a) Deutschland steuert mit voller Wucht auf Rot-Rot-Grün zu

Die Grünen und ihre politischen Ziele passen in das Konzept des Weltwirtschaftsforums. Das gilt auch für die SPD und die aktuelle Gestalt der Links-Partei.

Deutschland steuert mit einer hohen Wahrscheinlichkeit auf Rot-Rot-Grün zu

Anonymus Austria, 17.04.2021



13. b) Korrektiv Faktenscheck zu Robert Habeck: „Vaterlandsliebe fand ich stets zum Kotzen...“

<https://correctiv.org/faktencheck/politik/2019/06/14/ja-robert-habeck-hat-sich-kritisch-zu-vaterlandsliebe-geaeussert/>

Auf Facebook wird eine Aussage des Grünen-Politikers Robert Habeck geteilt. Einige Nutzer zweifeln an der Authentizität. Wir haben das Zitat überprüft.

Ja, Robert Habeck hat sich kritisch zu Vaterlandsliebe geäußert

von [Cristina Helberg](#)

14. Juni 2019

Bewertung

Richtig. Das Zitat stammt aus einem Buch Robert Habecks.

Mehrere Nutzer haben [auf Facebook ein geteiltes Zitatbild](#) gemeldet und fragen sich, ob der Bundesvorsitzende der Grünen, Robert Habeck, tatsächlich gesagt hat: „Vaterlandsliebe fand ich stets zum Kotzen. Ich wusste mit Deutschland noch nie etwas anzufangen und weiß es bis heute nicht.“ Der Facebook-Beitrag der Seite „Lautsprecher“ wurde mehr als 900 Mal geteilt. Wir haben den Ursprung des Zitats recherchiert.

Das Zitat ist korrekt

Eine Google-Suche ergibt: Ja, diesen Satz hat Robert Habeck in seinem Buch „Patriotismus – Ein linkes Plädoyer“ [geschrieben](#).

In den Zeilen unmittelbar vor dem zitierten Satz schreibt er: „Als Adressat und Verbindung zwischen den Gegensätzen zwischen ‘Liberalität’ und ‘Paternalismus’, zwischen ‘verantwortungsvoll’ und ‘kreativ’, zwischen ‘Bürger’ und ‘Konsument’ braucht man ein positives Gesellschaftsverständnis. [...] Man braucht eine Erzählung, die auf Veränderung setzt, auf Gerechtigkeit und Internationalität. Dieses Engagement nenne ich einen ‘linken Patriotismus’.“ Das Zitat ist also korrekt.

Faktenchecks per Mail, Whatsapp, Instagram und Twitter

Auch der *Tagesspiegel* erwähnte das Zitat im April 2019 in einem [Artikel](#) über Habeck. Dort heißt es: „Robert Habeck hat darüber gesprochen und geschrieben, wie die Wiedervereinigung an ihm, dem damals 19 Jahre alten Zivildienstleistenden, vorbeigegangen ist; wie er nicht begriff, dass sich mit dem Zusammenbruch des Kommunismus die Welt neu ordnete.“

*

Fakten für die Demokratie.

Fakten sind die Grundlage informierter Entscheidungen in unserer Demokratie. Gezielte Desinformation wird genutzt, um unsere Gesellschaft zu spalten, Hass zu verbreiten und damit womöglich Geschäfte zu machen. Einseitige oder falsche Informationen kreieren verzerrte Weltbilder. Als Teil eines internationalen Netzwerks von Faktenprüfern wirkt CORRECTIV.Faktencheck dem entgegen und deckt Falschinformationen und Halbwahrheiten auf.

Unser Ziel ist aufzuklären, wie gezielte Falschmeldungen erkannt und eingedämmt werden. Wir stellen uns mit Fakten gegen Spaltung und wollen mit unserer Arbeit den Dialog ermöglichen. Das ist nicht immer leicht –

[Hassnachrichten, Beleidigungen und Drohungen gehören zum Alltag unseres Faktencheck-Teams.](#) Aber die Arbeit wirkt: Falschmeldungen werden deutlich weniger geteilt.

CORRECTIV.Faktencheck ist eine eigenständige Redaktion innerhalb des gemeinnützigen Recherchezentrums. CORRECTIV steht für investigativen Journalismus. Wir bringen systematische Missstände ans Licht und stärken eine demokratische und offene Zivilgesellschaft. **Leisten Sie einen Beitrag und unterstützen Sie uns mit einer Spende!**

Was ist Fake? Was ist Fakt?

Es wird immer wichtiger, zuverlässige Quellen erkennen zu können und seriöse Informationen einzuordnen. Das Programm [Reporter4You](#) unserer Online-Akademie richtet sich an Schülerinnen und Schüler, sowie deren Lehrer. Deutschlandweit werden Journalisten an Schulen vermittelt, um im Unterricht die Medienkompetenz zu stärken. Mit Online-Workshops und zugehörigem Unterrichtsmaterial können die Themen auch selbstständig erarbeitet werden.

Zentrale Essen

Huyssenallee 11
45128 Essen
Tel: +49 (0) 201 – 365 588 77

Redaktion Berlin

Singerstraße 109
10179 Berlin
Tel: +49 (0) 30 – 555 780 20
(Mo/Mi/Fr: 10-14 Uhr, Di/Do: 13-17 Uhr)
Fax: +49 (0) 30 – 555 780 2 20

Buchladen Essen

Akazienallee 10
45127 Essen
[Online-Shop](#)

Kontakt

Allgemeine Anfragen: [info\[at\]correctiv.org](mailto:info@correctiv.org)
Presseanfragen: [presse\[at\]correctiv.org](mailto:presse@correctiv.org)
Redaktion: [hinweise\[at\]correctiv.org](mailto:hinweise@correctiv.org)
Faktencheck: [faktencheck\[at\]correctiv.org](mailto:faktencheck@correctiv.org)
Spenden: [unterstuetzen\[at\]correctiv.org](mailto:unterstuetzen@correctiv.org)

Spendenkonto

Kontoinhaber: CORRECTIV – Recherchen für die Gesellschaft gGmbH
IBAN DE57 3702 0500 0001 3702 01
Bank für Sozialwirtschaft

Warum ich CORRECTIV
unterstützen sollte?

Falschmeldungen im Netz spalten unsere Gesellschaft. Sie schüren Hass und können Demokratien zerreißen. Als gemeinnützige Redaktion setzt sich CORRECTIV für faktenbasierte Debatten ein. Demokratie ist nicht selbstverständlich und braucht unabhängigen Journalismus.

<https://correctiv.org/ueber-uns/>

Über uns

CORRECTIV ist das erste spendenfinanzierte Recherchezentrum in Deutschland. Als vielfach ausgezeichnetes Medium stehen wir für investigativen Journalismus. Wir lösen öffentliche Debatten aus, beteiligen Bürgerinnen und Bürger an unseren Recherchen und fördern Medienkompetenz mit unseren Bildungsprogrammen.

- 14) Rangliste der Pressefreiheit: „Der Tagesspiegel“ ist mit seiner weitgehend einseitigen Berichterstattung und Kommentierung Teil des Problems - eine andere Position vertritt die „Preußische Allgemeine Zeitung /Das Ostpreußenblatt

Pressefreiheit Rutschbahn

Barum sich aufregen? Die „Rangliste der Pressefreiheit“ 2021 erfasst 180 Staaten. Deutschland liegt auf Platz 13, in 167 Ländern ist es um dieses Gut schlechter bestellt. Aber darüber muss man sich aufregen. Denn Deutschland ist abgerutscht: 2020 lag es auf Rang 11 und die Organisation „Reporter ohne Grenzen“ schätzte die Pressefreiheit noch als „gut“ ein - nun ist sie nur noch „zufriedenstellend“. Das ist kein Prädikat, mit dem sich eine demokratische Gesellschaft begnügen kann. Stand und Standard des Grundrechts der Presse- und Meinungsfreiheit sind ein Gradmesser für die politische Kultur im Land. Natürlich dürfen und müssen die Medien kritisiert werden.

Aber in diesem Land sind Übergriffe auf Medienvertreter, zumeist bei Corona-Demonstrationen, an der Tagesordnung. Das Recht, ja die Pflicht zu Berichterstattung wird damit massiv gestört. Es ist besorgniserregend, wenn die Berichterstatte an ihrer Berufsausübung gehindert werden. Noch besorgniserregender ist es, dass Politik, Sicherheitsbehörden und Justiz auf diese Angriffe nicht entschieden genug reagieren. Die Täter erwecken oft nicht den Eindruck, dass sie sich vor den Konsequenzen ihres gewaltsamen Handelns fürchten. Das jedoch müssen sie, sonst wird der Abstieg Deutschlands auf der Rangliste der Pressefreiheit zur Rutschbahn. jhb

AUFGEFALLEN

Was bedroht Pressefreiheit wirklich?

Deutschland ist in der Rangfolge der Länder mit der größten Pressefreiheit um zwei Plätze von Rang 11 auf Rang 13 abgerutscht. Aufgestellt wird die Rangliste von der Organisation „Reporter ohne Grenzen“ (RSF). „Aufgrund der vielen Übergriffe auf Corona-Demonstrationen mussten wir die Lage der Pressefreiheit in Deutschland von ‚gut‘ auf nur noch ‚zufriedenstellend‘ herabstufen“, so RSF-Vorstandssprecher Michael Rediske, ehemals Chefredakteur der linken „taz“.

Die Begründung mag verblüffen. Was ist mit dem umstrittenen „Netzwerkdurchsetzungsgesetz“ (NetzDG) oder den Blockade-Orgien sozialer Netzwerke wie Twitter, Facebook oder Instagram? Greifen die nicht viel tiefer in die Pressefreiheit ein als Pöbeleien gegen Journalisten am Rande von Demonstrationen?

Die Chefs von Facebook und Co. wurden massivem politischen Druck ausgesetzt, „Hassreden“ in ihren Portalen zu unterbinden. Ein Gummigriff, anwendbar fast nach Belieben. Und so war es wohl auch gemeint: Oppositionelle, „rechte“ Positionen sollten aus der Debatte gedrängt werden, weshalb die publizistische Linke die Sperraktionen der Internetgiganten auch zunächst fast einhellig begrüßte.

Im Februar traf es dann aber plötzlich das ARD-Magazin „Monitor“, das ebenfalls von Instagram und Facebook gesperrt wurde. Da war der Jammer bei „Monitor“-Chef Georg Restle groß. RSF kümmert sich indes lieber um aggressive Demonstranten. H.H.

Diese Themen wurde auf unsere Leitseiten gesetzt:

- A) Hat das Regionalmuseum in Krockow/Krokowa in der Nordkaschubei mit der Außenstelle des Westpreußischen Landesmuseums eine Zukunft?
Von Dr. Jürgen Martens
- B) Ist das Regionalmuseum in Krockow/Krokowa - Außenstelle des Westpreußischen Landesmuseums – am Ende?
Von Dr. Jürgen Martens

http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Krockow_Regionalmuseum.pdf